

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Mag. Gerald Hauser
und weiterer Abgeordneter
betreffend Echte Hilfe für die Gastronomie

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 2: Bericht des Budgetausschusses über Antrag 537/A der Abgeordneten Gabriel Obernosterer, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommen-steuergesetz 1988, das Umsatzsteuer 1994 und das Schaumweinsteuergesetz 1995 geändert werden (19. COVID-19-Gesetz) (184 d.B.) in der 32. Sitzung des Nationalrates am 26. Mai 2020

Mit dem 19. COVID-Gesetz werden einige wenige Maßnahmen gesetzt, die aus Sicht der Regierung die heimische Gastronomie unterstützen sollen wie die vorübergehende Halbierung des Steuersatzes auf offene alkoholfreie Getränke oder die vorübergehende Erhöhung der Absetzbarkeit von Aufwendungen oder Ausgaben für die werbewirksame Bewirtung von Geschäftsfreunden. Auch wenn die einzelnen Maßnahmen positiv zu sehen sind und teilweise seit Jahren gefordert werden wie beispielsweise die Streichung der Schaumweinsteuer, sind sie vom Inhalt und Umfang in keiner Weise geeignet bzw. ausreichend, um die coronabedingt schwer in die Krise geratene Gastronomie zu retten.

Die derzeitigen Vorschriften zur Öffnung der Gastronomie sind völlig willkürlich. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Lokale nur bis 23 Uhr offenhalten dürfen und warum nur vier Personen pro Tisch zugelassen werden. Die Vorschriften, wer wann einen Mund-Nasen-Schutz tragen muss, sind in keiner Weise nachvollziehbar.

In ihrem Statement in einer Pressekonferenz sagte Ministerin Köstinger: „*Wir wissen jetzt nicht, wie dieses Wiederhochfahren funktionieren wird.*“ Dass die Maßnahmen nicht funktionieren, zeigt die Realität. Einige Betriebe haben aufgrund der verordneten Beschränkungen erst gar nicht aufgesperrt, andere haben nach den Erfahrungen in den ersten Tagen bereits wieder geschlossen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Sinne der heimischen Gastronomie umgehend folgende Punkte umzusetzen und dem Nationalrat entsprechende Regierungsvorlagen zuzuleiten:

- Rücknahme aller Covid-19-Beschränkungen wie sofortige Aufhebung der Maskenpflicht und sofortige Beendigung aller Betretungsverbote
- Sperrstunde wie in der Vor-Corona-Zeit
- Erleichterungen bei Betriebsübergaben
- Erleichterungen bei Betriebsanlagengenehmigungen

- spürbare Senkung der Lohnnebenkosten
- Erleichterungen bei der Registrierkassapflicht
- Einfache und praxisnahe Neuregelung der sogenannten Aushilfen-Regelung
- Wahlfreiheit der Gastronomen hinsichtlich des Rauchverbots.“

Mof. Mal.

Fr

zahl

R

Kaygill

